



Unsichere Aussichten

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa

Große Unsicherheit	2
Entwicklung auf tönernen Füßen	3
Risiken des deutschen Wachstumsmodells	5
Deutschland profitiert von der Euro-Krise – bislang!..	6
Europa spart sich in die Rezession	9
Alternativen	10

Große Unsicherheit

Nach der großen Krise 2008/2009 erholte sich die Wirtschaft in Deutschland überraschend schnell. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg in der Krise nur um wenige hunderttausend und sank 2011 auf unter drei Millionen. Gleichzeitig nahm die Zahl der Erwerbstätigen zwischen Ende 2008 und April 2012 um über eine Million auf nunmehr 41,4 Millionen zu.¹ Die Steuereinnahmen stiegen, das staatliche Defizit ging zurück. Kritische Ökonomen wie auch die Gewerkschaften schienen eines Besseren belehrt zu werden. Sie hatten immer wieder auf die Probleme der schwachen Binnennachfrage hingewiesen und die Notwendigkeit eines Kurswechsels hin zu einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik betont.

Doch Kanzlerin Merkel hatte schon Anfang 2009 ein generelles Umsteuern der deutschen Volkswirtschaft abgelehnt. Nun verkündet Wirtschaftsminister Rösler im aktuellen Jahreswirtschaftsbericht 2012: „Nach zwei Jahren mit außergewöhnlichen Zuwachsraten von jeweils rund drei Prozent ist die deutsche Wirtschaft in erfreulich robuster Verfassung.“ Krise! Welche Krise?

Politiker haben die wirtschaftlichen Aussichten als rosig verkauft. Weiterhin bestehende Probleme wurden ignoriert.

Inzwischen steigt die Unsicherheit. Der Deutsche Aktienindex (Dax) fiel in den letzten drei Monaten um knapp 20 Prozent auf zeitweise wieder unter 6.000 Punkte. Auch der Euro-Kurs ist auf Talfahrt. Wer heute in der Schweiz oder den USA Urlaub macht, spürt das im Geldbeutel.

Warnende Konjunkturdaten gibt es auch aus den USA und China. Die US-Industrie erhielt im April zum zweiten Mal in Folge weniger Aufträge. Der US-Arbeitsmarkt, ein wichtiger Indikator für den Zustand der Weltkonjunktur, schwächelt wieder. In China geht das Wachstum zurück – insbesondere im bislang boomenden Dienstleistungssektor.

Parallel verschlechtern sich die Wirtschaftsaussichten für ganz Europa. Gespalten war die Entwicklung schon lange. Die südlichen Krisenländer geraten wegen rigider Kürzungen bei den Staatsausgaben immer weiter in die Krise. Wegen der guten Entwicklung in anderen Ländern – nicht zuletzt in Deutschland – wuchs die Wirtschaftsleistung in der gesamten EU (EU 27) in den letzten beiden Jahren aber noch um 2,0 bzw. 1,6 Prozent. Für 2012 prognostiziert die EU-Kommission nun Stagnation, für den Euroraum sogar einen Rückgang der wirtschaftlichen Leistung um -0,3 Prozent. Der Index des Euro-Geschäftsklimas, der die Einschät-

¹ Vgl. zu den Problemen, die sich hinter den Arbeitsmarktdaten verbergen: Licht und Schatten im Beschäftigungssystem, DGB-Arbeitsmarkt aktuell Februar 2012; sowie ver.di Wirtschaftspolitischen Informationen: Aufschwung der schlechten Jobs. Bilanz der Beschäftigungsentwicklung seit 2000, Nr. 2, September 2010.

zung der wirtschaftlichen Lage durch Unternehmen widerspiegelt, geht zurück. Im Mai ist er auf den niedrigsten Stand seit Dezember 2009 gefallen, was auf einen Rückgang der Produktion hindeutet. Selbst einzelne Lichtblicke fehlen, da alle abgefragten Indikatoren wie Produktion, Produktionsaussichten oder Auftragsbestände negativer beurteilt wurden als noch im Vormonat.

Vor diesem Hintergrund verschlechtern sich auch die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland: Die Industrie ist einer Umfrage des Markit-Instituts zufolge im Mai so stark geschrumpft wie seit fast drei Jahren nicht mehr. Der Einkaufsmanagerindex fiel auf den tiefsten Stand seit Juni 2009. Die aktuellste Prognose des IMK erwartet für 2012 nur noch 0,6 und für 2013 nur 0,3 Prozent Wachstum. Damit würde auch bei uns die Arbeitslosigkeit wieder ansteigen.²

Wirtschaftliche Indikatoren weisen auf eine Stagnation oder sogar Rezession im Euroraum hin.

Über allem hängt zudem das Damoklesschwert einer sich ausweitenden Eurokrise. Diese könnte sich als Folge der aufgezwungenen Kürzungsprogramme in den südlichen Ländern und der anhaltenden Spekulation schnell zuspitzen und die ganze Wirtschaft mitreißen.

Entwicklung auf tönernen Füßen

Überraschen kann die Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland eigentlich nicht. Überraschend war vielmehr das ebenso schnelle wie hohe Wirtschaftswachstum nach der großen Krise. Der massive Einbruch des Wachstums 2009 um 5,1 Prozent wurde bereits in den beiden folgenden Jahren mit 3,7 Prozent 2010 und noch einmal 3,0 Prozent 2011 mehr als wettgemacht.

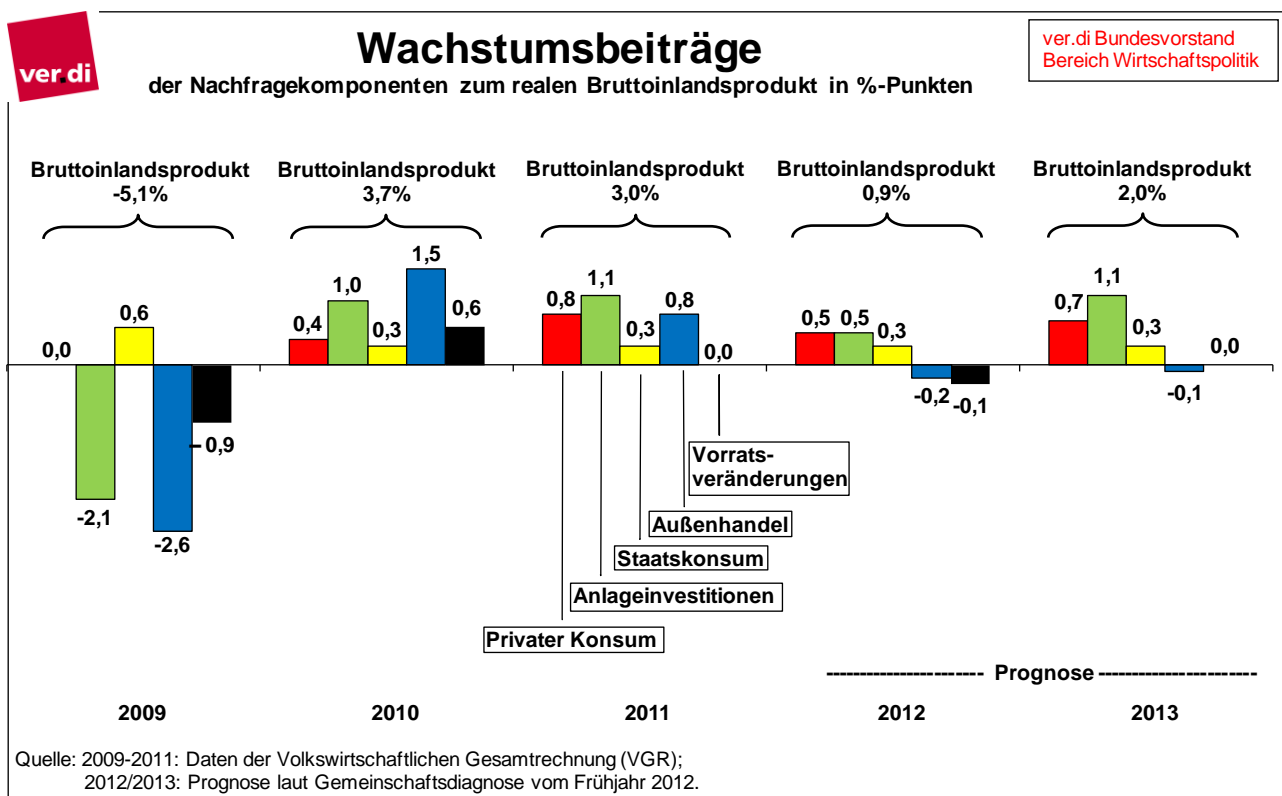
Staatliche Ausgabenprogramme sind eine wesentliche Ursache für die positive Entwicklung vor allem in Deutschland.

Diese Entwicklung war alles andere als eine Folge des segensreichen Wirkens freier Marktkräfte. Ursache waren vielmehr umfassende Eingriffe in die Wirtschaft, die sonst von der herrschenden Politik rundheraus als Teufelszeug verurteilt werden: Mit einer Arbeitszeitverkürzung durch eine Erweiterung der Kurzarbeiterregelung sowie einem Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten konnte das allgemein erwartete Hochschnellen der Arbeitslosigkeit verhindert werden. Damit auch ein Einbruch der Einkommen und der Konsumnachfrage. Hinzu kamen zwei Konjunkturpakete, die ebenfalls dem Abwärtstrend entgegenwirkten.

² Vgl. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, IMK Report 72, Juni 2012

Von großer Bedeutung für die exportorientierte deutsche Wirtschaft waren zusätzliche durch andere Länder aufgelegte umfassende Konjunkturprogramme, die sich auf die stolze Summe von gut zwei Billionen Dollar summierten.³ Diese Konjunkturprogramme haben nicht nur die Binnennachfrage in den jeweiligen Ländern stabilisiert, sondern auch dem deutschen Exportmotor neuen Schub gegeben. Zudem waren die immer wichtiger werdenden Schwellenländer in Asien und Lateinamerika von der Krise weniger betroffen, sondern setzen ihren Wachstumskurs fort und orderten verstärkt Investitionsgüter aus Deutschland. 2010 resultierten 40 Prozent (1,5 Prozentpunkte) des Wachstums in Höhe von 3,7 Prozent aus dem Außenhandel; vom 2011er Wachstum in Höhe von 3,0 Prozent hingen knapp 30 Prozent (0,8 Prozentpunkte) am Außenhandel.

Im Sog dieses Exportbooms stiegen auch die Investitionen, die in den letzten beiden Jahren die zweite Säule des Wachstums darstellten. Auch der private Konsum konnte 2011 erstmals seit langem mit 0,8 Prozentpunkten wieder einen nennenswerten Beitrag zum Wachstum leisten. Gründe waren die relativ positive Arbeitsmarktentwicklung und leicht steigende Reallöhne. Gleichzeitig blickten die Menschen angesichts der positiven Wirtschaftsentwicklung wieder zuversichtlicher in die Zukunft. Sie gaben wieder mehr aus, sodass die Sparquote 2011 sank. Unmittelbar nach der Krise war sie zunächst angesichts der unklaren weiteren Entwicklung noch leicht gestiegen.



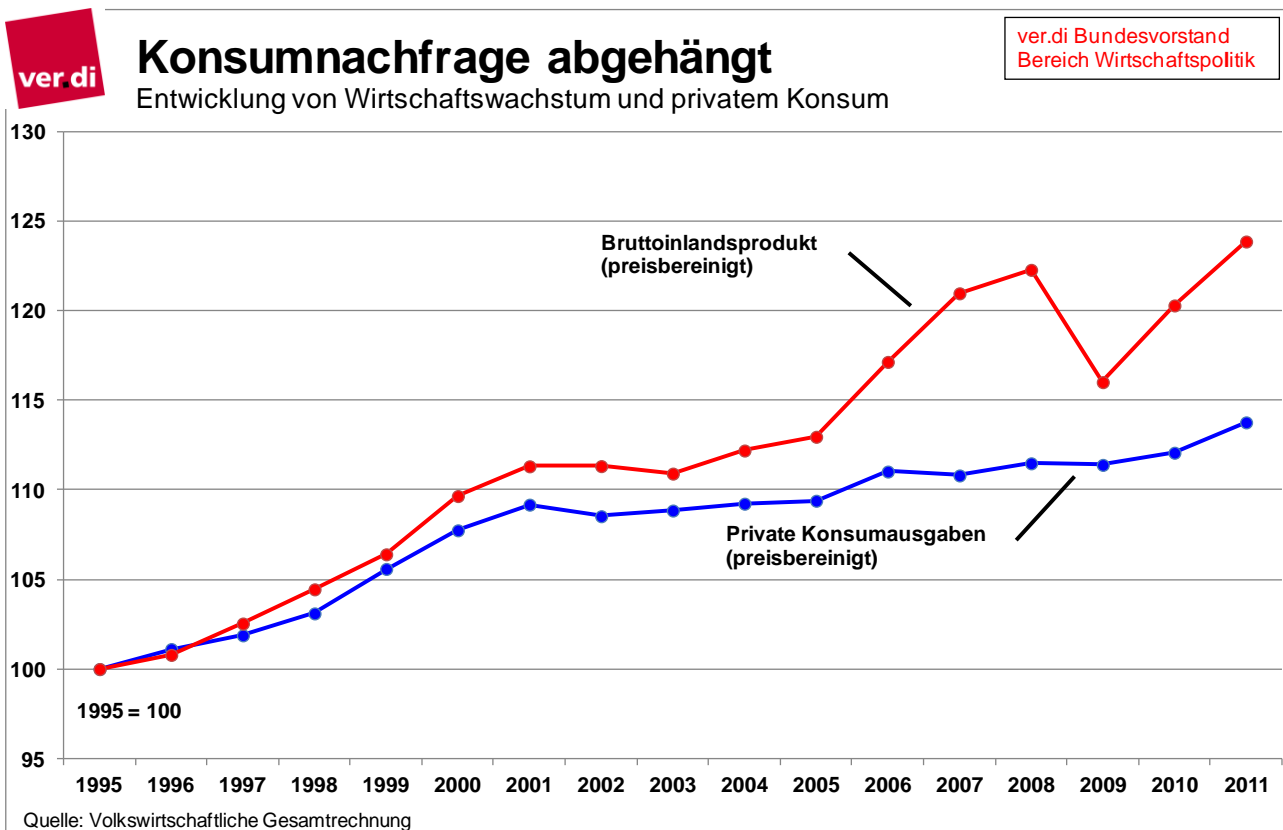
³ Vgl. Deutsche Bank Research: Aktuelle Themen 443 vom 30. April 2009, S. 6.

Risiken des deutschen Wachstumsmodells

Im Vorfeld der Krise 2008/2009 war die ganze wirtschaftliche Entwicklung stark exportgetrieben. Der Binnenmarkt kam nicht vom Fleck. Die Kluft zwischen der Entwicklung der privaten Konsumausgaben und der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) hatte sich immer weiter vergrößert. Lediglich durch den wirtschaftlichen Einbruch in der Krise hatte sich diese Kluft kurzfristig verringert. Inzwischen droht sich der alte Verlauf wieder fortzusetzen.

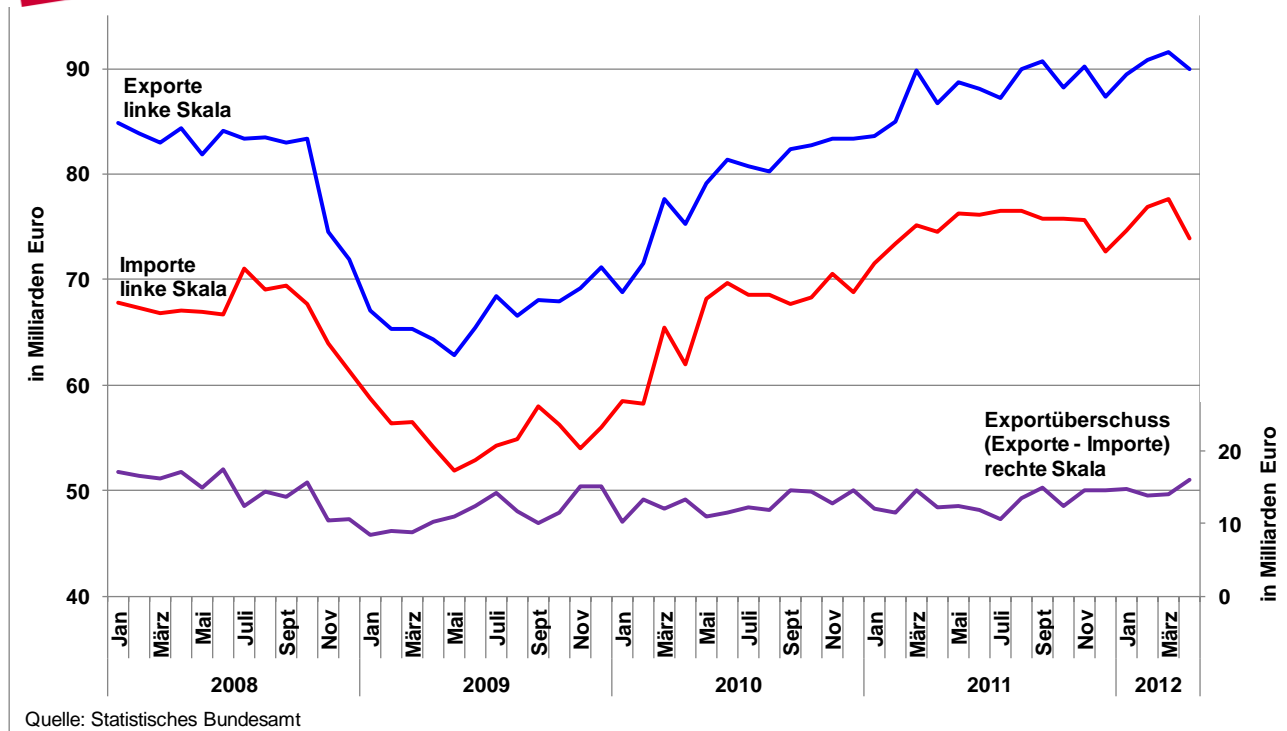
Deutschland, also die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, lebten und leben wieder zunehmend unter ihren Verhältnissen. Zentrale Ursache dafür war die schwache Lohnentwicklung. Da hierzulande gleichzeitig die Produktivität stark stieg, kamen bis zur Krise auch die Lohnstückkosten kaum vom Fleck. In allen anderen europäischen Ländern nahmen sie demgegenüber zum Teil deutlich zu. Deutschlands hohe Wettbewerbsfähigkeit bekam dadurch einen kräftigen Schub. Der deutsche Exportüberschuss war nach der Euroeinführung 1999 von nahe Null rasant auf rund 160 Milliarden Euro bis kurz vor der Krise hochgeschneit.

Auf der anderen Seite stand eine immer höhere Verschuldung der Länder, die mehr Güter ein- als ausführten. Sie mussten Defizite in ihrer Handelsbilanz mit immer neuen Krediten finanzieren. Insofern stellt die gestiegene internationale Verschuldung auch die Kehrseite der deutschen Exporterfolge dar. Damit wird deutlich, dass das deutsche exportgetriebene Wachstumsmodell mitverantwortlich für die gegenwärtige Krise in Europa ist.



Deutscher Außenhandel

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Mit der Krise schien das auf der Verschuldung anderer Länder beruhende „Exportmodell Deutschland“ an sein Ende gekommen zu sein.

Nach der großen Krise erreichten die deutschen Ausfuhren wieder schnell das Vorkrisenniveau. Sie stiegen sogar darüber hinaus und hielten sich Monat für Monat auf diesem hohen Niveau. Diese Entwicklung ist deshalb so problematisch, weil die Importe deutlich hinter den Exporten zurückblieben. Dies hat sich bislang auch nach der Krise nicht geändert. Damit blieb der deutsche Exportüberschuss auf hohem Niveau und ist zuletzt sogar noch einmal gestiegen. Damit sind auch anderer Länder weiterhin gezwungen, sich zu verschulden.

In den Prognosen der Gemeinschaftsdiagnose für 2012 und 2013 wird davon ausgegangen, dass der Exportüberschuss in den kommenden Jahren geringer werden wird. Dies führt zu einer leicht dämpfenden Wirkung auf das Wachstum (-0,2 bzw. -0,1 Prozentpunkte). Ursache ist eine erwartete schwächere Exportentwicklung aufgrund der Probleme im Euroraum bei etwas stärker steigenden Importen.

Deutschland profitiert von der Euro-Krise – bislang!

Die Lage in Europa und die wirtschaftlichen Aussichten sind wesentlich von der Euro-Krise geprägt. Zwar werden die deutschen Beiträge für Euro-Rettungspakete als schwere Belastung der Leistungsfähigkeit Deutschlands dargestellt. Tatsächlich werden damit aber wesentlich die

Zahlungen von Zinsen und Tilgungen von Krediten gesichert, die deutsche und andere Banken in die Krisenländer vergeben haben.

Auch wenn die Politik und die Medien ein anderes Bild zeichnen: Deutschland hat von der Entwicklung nach der Krise profitiert. Und dies gleich in mehrfacher Weise: Zu nennen sind hier vor allem die zur Überwindung der Euro-Krise in vielen Ländern aufgelegten Konjunkturprogramme. Eine belebende Wirkung hatte aber auch die Schwäche des Euro. Die europäische Schuldenkrise hat den Euro auf Talfahrt geschickt. Ein schwacher Euro verbilligt Exporte aus dem Euroraum in Länder, in denen nicht mit Euro bezahlt wird. Käufer aus diesen Ländern müssen für deutsche Güter weniger zahlen, so dass sie ihre Nachfrage gesteigert haben. Somit hat die deutsche Wirtschaft vom sinkenden Vertrauen in den Euro durch die europäische Schuldenkrise profitiert.

Von der Talfahrt des Euro und dem sinkenden Zinsniveau hat die deutsche Wirtschaft profitiert.

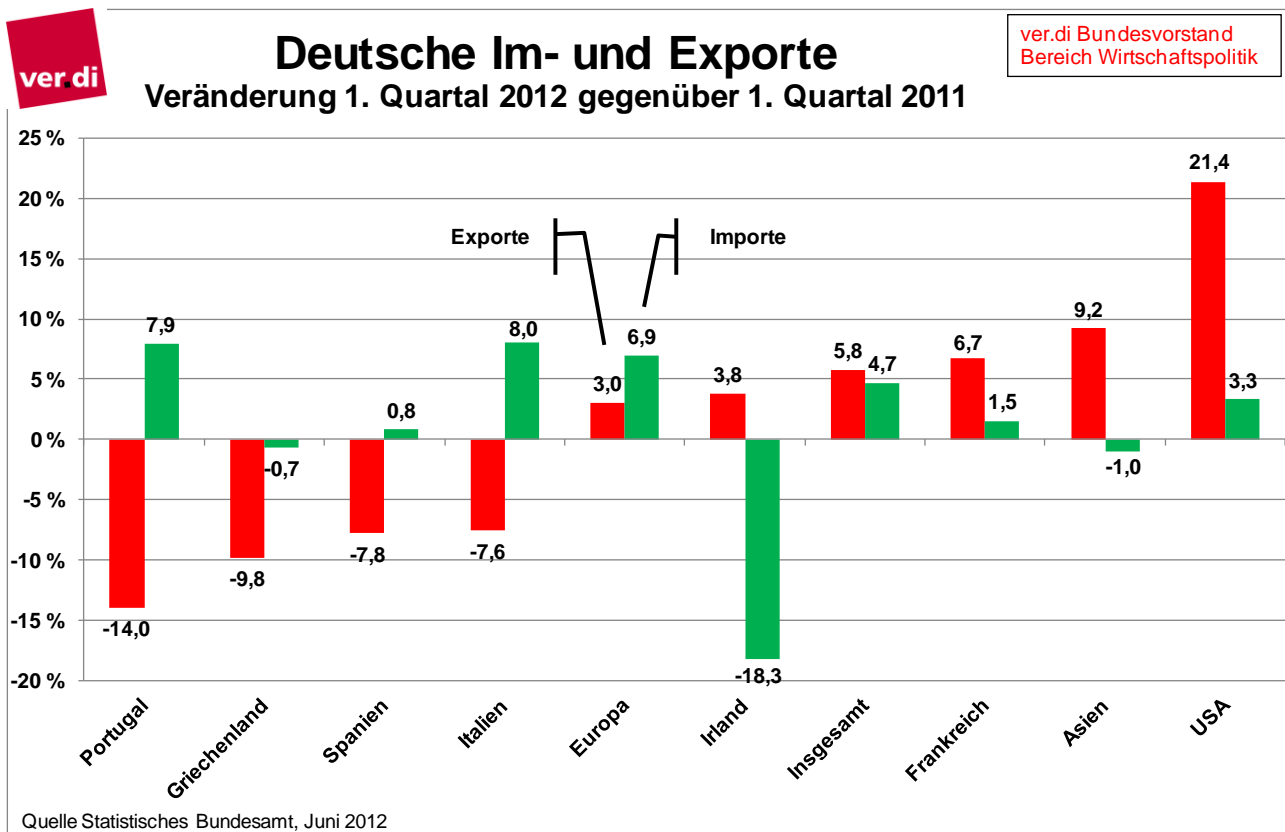
Eine ähnliche Wirkung ging von der Zinsentwicklung aus. Um der Krise entgegenzuwirken und Investitionen zu erleichtern, hat die Europäische Zentralbank die Zinssätze immer weiter reduziert. Lag der europäische Leitzins vor der Krise noch bei über vier Prozent, wurde er zwischenzeitlich auf nur noch ein Prozent gesenkt; in den USA und in Japan zahlen Kreditinstitute sogar praktisch keine Zinsen mehr, wenn sie sich Geld bei der Zentralbank leihen. Hätte



Deutschland noch eine eigene Währung und eine eigene Geldpolitik, hätte die Bundesbank angesichts der guten Wirtschaftsentwicklung die Zinsen längst wieder erhöht und damit dem Aufschwung die Dynamik genommen.

Schließlich profitiert der deutsche Staat auch von der Staatschuldenkrise in Europa. Da deutsche Staatspapiere als besonders sicherer Hafen für Kapitalanlagen gelten, sind Anleger inzwischen sogar bereit draufzuzahlen, wenn sie ihr Geld beim deutschen Staat unterbringen können. Unter Berücksichtigung der Inflation sind die Zinsen so niedrig, dass Anleger real Verluste machen. Der Staat kann auslaufende Kredite nach und nach durch billigere ersetzen und so die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte reduzieren. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft hat der deutsche Staat hierdurch allein in den vergangenen drei Jahren mehr als 45 Milliarden Euro an Zinszahlungen eingespart. Dieses Geld hat den Konsolidierungsdruck gemildert und damit faktisch das Wachstum gestärkt.

Konjunkturprogramme, Euroschwäche, Niedrigzinsen und die hohe Bonität deutscher Staatspapiere haben die wirtschaftliche Entwicklung hierzulande begünstigt. Dadurch konnte der erwartungsgemäße Rückgang der Exporte in die südlichen europäischen Länder kompensiert werden: Zwischen dem ersten Quartal 2011 und dem ersten Quartal 2012 sanken die Exporte in die europäischen Krisenländer Portugal, Griechenland, Spanien und Italien um acht bis 14 Prozent. Dafür stiegen die Exporte vor allem in die USA (+ 21,4 Prozent) und nach Asien (+ 9,2 Prozent) drastisch an.



Europa spart sich in die Rezession

Die große Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ließ die Staatsschulden europaweit explodieren. Bankenrettung, Konjunkturpakete, krisenbedingte Steuerausfälle und steigende Sozialausgaben erhöhten allein die Schuldenquote der Eurozone von 66 auf über 85 Prozent.

Jetzt wollen die EU-Staatschefs von den hohen Schulden wieder runter. Unter maßgeblichem Druck der deutschen Regierung wurden finanzielle Hilfen an massive Kürzungsaufgaben geknüpft. Mit weniger Staatsdienern, Renten- und Lohnkürzungen sollen zwischen 2010 und 2013 rund 600 Milliarden Euro in den Euro-Ländern eingespart werden.

Gleichzeitig soll das Spardiktat unsere südeuropäischen Nachbarn wieder fit für den Wettbewerb machen. Durch sinkende Löhne und Sozialausgaben sollen die Preise für griechische, spanische und italienische Güter sinken. Sinkende Preise sollen die Auslandsnachfrage wieder ankurbeln. Dann könnten – dem neoliberalen Drehbuch folgend - steigende Exporte die darbenenden Schuldnerländer aus dem Krisensumpf ziehen.

Konjunkturblindes Sparen lässt die Wirtschaft schrumpfen, die Arbeitslosigkeit steigen, Steuereinnahmen sinken und die Schulden wachsen.

In der Praxis verursacht die Brüsseler Kürzungspolitik einen riesigen ökonomischen Flurschaden. Stark sinkende Löhne würgen die Binnennachfrage ab. Rückläufige Einkommen drosseln den privaten Konsum. Anschließend investieren die Unternehmen nicht mehr in den Ausbau ihrer Produktion. Da die binnenmarktabhängigen Wirtschaftsbranchen aber eine größere Rolle spielen als die Exportsektoren – wie in allen südeuropäischen Krisenländern –, verpuffen die kosten- und preissenkenden Wirkungen der neoliberalen Medizin. Die Abwärtsspirale dreht sich immer weiter.

Doch damit nicht genug. Das Spardiktat hilft auch nicht beim Schuldenabbau. Ein Staatshaushalt funktioniert eben nicht wie ein privater Haushalt. Wer in der Krise Ausgaben streicht, kürzt gleichzeitig Einnahmen der Unternehmen, Rentnerinnen und Rentner und Arbeitslosen. Folglich sinkt die Nachfrage. Konjunkturblindes Sparen führt nur zu einer schrumpfenden Wirtschaft, steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Steuereinnahmen. Es droht das paradoxe Ergebnis, dass trotz massiver Einsparungen im öffentlichen Haushalt die Schulden nicht sinken, sondern steigen.

Die ökonomischen und sozialen Verwerfungen des Spardiktats bewegen die EU-Staatschefs aber nicht dazu, ihren politischen Kurs zu ändern. Im Gegenteil: Zukünftig soll ein Europäischer Fiskalpakt alle EU-Länder gleichzeitig auf Zwangsdiät setzen. Der Fiskalpakt schreibt eine konjunkturblinde Haushaltspolitik auf Dauer fest. Selbst kreditfinanzierte Investitionen in Ki-

tas, Schulen und Krankenhäuser sind nicht mehr möglich, wenn dadurch gegen die neuen Schuldenregeln verstoßen wird. In einer gemeinsamen Diagnose hat das Makro-Konsortium – ein Zusammenschluss aus den Forschungsinstituten IMK (Düsseldorf), OFCE (Paris) und WIFO (Wien) – die wirtschaftlichen Folgen eines solchen Fiskalpakts berechnet.⁴

Resultat: Die im Fiskalpakt vorgesehene europaweite Sparpolitik wird die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum stark belasten. Besonders die südeuropäischen Euroländer, denen es bereits heute schlecht geht, würden weiter in die Krise getrieben. Für Griechenland sind die Folgen am schlimmsten. Der griechischen Wirtschaft droht bei Umsetzung des Fiskalpakts der Kollaps. In Italien und Portugal würde die Wirtschaft schrumpfen, in Spanien bestenfalls stagnieren. Deshalb würden auch die Schuldenquoten nicht sinken. Alles würde nur noch schlimmer. Bereits heute ist jeder vierte Spanier und jede fünfte Griechin arbeitslos. Die Kluft zwischen den südlichen und den nördlichen Euroländern würde sich weiter vergrößern.

Die Hauptursache der Eurokrise – die ungleiche wirtschaftliche Lage der Länder des Euroraums – würde durch den EU-Fiskalpakt weiter verschärft.

Der europäische Fiskalpakt wird auch nicht besser, indem ihm ein Wachstumspakt an die Seite gestellt wird. Man kann nicht gleichzeitig bremsen und Gas geben. Das beste Wachstumsprogramm für Europa ist ein sofortiges Spar-Moratorium und eine Ablehnung des Europäischen Fiskalpaktes.

Hinzu kommt, dass der Fiskalvertrag die Demokratie schädigt. Er schränkt das "Königsrecht" der Parlamente, den eigenen Haushalt zu gestalten, massiv ein und überträgt Befugnisse auf die nicht gewählte EU-Kommission. Selbst verfassungsändernde Mehrheiten wären künftig nicht in der Lage, den Vertrag zu kündigen. Somit erhält der Fiskalpakt eine Art von Ewigkeitsgarantie, die die Souveränität der Staaten bzw. der Bevölkerungen unterhöhlt.

Alternativen⁵

Merkels Krisenmanagement verschärft tagtäglich die Krise. Aber es gibt Alternativen. Die zerstörerische Kürzungspolitik muss gestoppt werden. Südeuropa darf nicht weiter kaputt gespart werden. Stattdessen braucht Europa jetzt ein wirksames Konjunktur- und Wachstumsprogramm. Dieses sollte jährlich mindestens 300 Milliarden Euro oder rund drei Prozent des EU-Sozialproduktes betragen. Diese Milliarden könnten in Bildung, Gesundheit, For-

⁴ Fiskalpakt belastet Euroraum, IMK-Report 71, März 2012

⁵ Vgl. ver.di-Wirtschaftspolitischen Informationen: Eurokrise ohne Ende, Nr. 2, März 2012; DGB-Bundesvorstand: 4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa, Dezember 2011; DGB-Bundesvorstand: Zur Krise in der Eurozone. Fragen und Antworten zum Fiskalpakt, Juni 2012.

schung, Klimaschutz und Infrastruktur investiert werden. Dafür braucht es nicht einmal höhere Schulden. Eine europaweite Abgabe auf das 27 Billionen Euro schwere Privatvermögen könnte die Finanzierung sicherstellen. Zudem müssen in den Überschussländern – insbesondere Deutschland – Löhne und Staatsausgaben kräftig steigen.

Bedingung für die Wirksamkeit eines Wachstumsprogramms ist der sofortige Stopp der Kürzungspolitik.

Darüber hinaus müssen die Staaten endlich aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreit werden. Bislang wurde trotz vollmundiger Ankündigungen kaum etwas getan. Auch die jüngsten Milliardenhilfen für Spaniens Banken kurieren nur an Symptomen.

Ein europäisches Schuldenmanagement würde dagegen die Zinslast der Krisenstaaten deutlich senken. Die Einführung von Eurobonds kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Mit Eurobonds würden alle EU-Staaten gemeinsam Schulden am Finanzmarkt aufnehmen, die Mittel unter sich aufteilen und gemeinsam für die Rückzahlung und Zinsen dieser Schulden haften. Nach Schätzungen des Makro-Konsortiums würde sich dann ein europäischer Zinssatz in Höhe von etwa zwei Prozent ergeben. Heute bekommen die Krisenstaaten frisches Geld dagegen nur noch zu Wucherzinsen. Das treibt die ohnehin geschwächten Länder weiter in die Krise. Mit Eurobonds könnten sich auch Spanien, Italien und Griechenland wieder zu tragbaren Konditionen frisches Geld besorgen.

Alternativ könnte der Rettungsschirm ESFS/ESM mit einer Banklizenz ausgestattet werden. Das würde dazu führen, dass Kredite direkt an die Staaten ohne den Umweg über den Bankensektor fließen könnten. So könnten sich die jetzigen Krisenländer dauerhaft finanzieren, ohne dass sich die Banken hieran noch eine goldene Nase verdienen. Die Gegenleistung könnte darin bestehen, dass sich die heutigen Schuldnerländer etwa dazu verpflichten, ihre Steuerverwaltung zu modernisieren, Steuerhinterziehung konsequent zu bekämpfen und Ausgaben für Rüstung drastisch zu kürzen.

Niedrige Zinsen und qualitatives Wachstum würden den Schuldnerländern und der Währungsunion den Weg aus der Krise ebnen.

Es gibt also eine Alternative zum Spardiktat und zur Geiselhaft der Finanzmärkte. Dafür braucht es aber einen politischen Kurswechsel. Sonst droht Europa zu scheitern.